

(Pop)Kulturelle Öffentlichkeiten im Kontext der Neuen Rechten¹

Simone Jung

»Nirgendwo gelangt die politische Lage so früh, so deutlich und unmittelbar zur Erscheinung wie im Pop«, schreibt Jens Balzer (2018) im Kulturteil von *Zeit-Online* anlässlich des Skandals um die Konzertsabsage von Feine Sahne Fischfilet (FSF) am Bauhaus in Dessau. Die Absage eines Konzerts der Punkband durch die Bauhausdirektorin Claudia Perren nach Drohungen von rechten Gruppierungen löste im Herbst 2018 eine Debatte im deutschen Feuilleton aus. Als Sammelbegriff für ästhetische Phänomene mit massenhafter Verbreitung kann Pop vieles sein: Provokation, Subversion, Vergemeinschaftung, Sinnstiftung, Vergnügen (vgl. Jacke 2018). Finden sich die genannten Möglichkeiten auch in der Band FSF wieder, so artikuliert sich in der Vorstellung von Balzer eine alternative Idee: Pop wird hier als Frühwarnsystem und Seismograph wahrgenommen und damit anschlussfähig für einen Popbegriff als »Kultur des Konflikts« (Fiske 2003, 16). In dieser Perspektive kann Popkultur als ein kultureller Prozess und Möglichkeitsraum der politischen Auseinandersetzung verstanden werden, in dem sich Definitions- und Benennungskämpfe um Identität und Macht artikulieren.

Als einer der »augenfälligsten Manifestationen« der Globalisierung (Mrozek 2018, 28) wird Popkultur als Vorreiter der Pluralisierung im Kampf um eine offene liberale Gesellschaft geltend gemacht. Insbesondere gesellschaftspolitische Themen wie Feminismus, Queer, Gender, Sexismus und Rassismus werden in Deutschland im popkulturellen Raum kultiviert und erhalten Eingang in den allgemeinen Diskurs. Die Debatten werden seit den 1980er Jahren vor allem in Musikzeitschriften wie *Sounds* und *Spex* und gegenwärtig etwa im

1 Es handelt sich um eine überarbeitete Fassung des Beitrags »Kritische Öffentlichkeiten? Formen der Skandalisierung in der Kulturpublizistik am Beispiel der Band Feine Sahne Fischfilet«, der in der Zeitschrift *Berliner Debatte Initial* (2/2020) erschienen ist.

Missy Magazine geführt. Als politische Plattformen für alternative Positionen und marginale Diskurse entgrenzen sie den politischen Diskurs und brechen nicht zuletzt konventionelle Verständnisse von Politik (und Pop) auf.

Zugleich ist die Popkultur im 21. Jahrhundert mit neuen Formen von kulturellen Konflikten konfrontiert. Rechtspopulistische und nationale Strömungen forcieren den popularen Kampf und stellen die Errungenschaften des liberalen Pluralismus in Frage. Pluralisierung findet nicht mehr nur als Möglichkeit der Selbstverwirklichung im Modus der Öffnung von Lebensformen Betrachtung, sondern auch als potentielle Gefahr für den Bestand des Staates und den Zusammenhalt der Gesellschaft. Wurden bereits in den 1990er Jahren spezifisch nach den ausländerfeindlichen Angriffen auf das Asylbewerberheim in Rostock-Lichtenhagen Kämpfe gegen rechts geführt, erinnert sei an die »Lichterketten-Bewegung« und die Konzerte von Herbert Grönemeyer, Nina Hagen und die Toten Hosen oder an die Gründung der sogenannten Wohlfahrtsausschüsse, so erreichen die politischen Auseinandersetzungen im 21. Jahrhundert eine neue Dimension. Insbesondere die im Jahr 2013 gegründete Partei »Alternative für Deutschland« (AfD) verfolgt eine nationale Kultur, die dichotom zu den Bestrebungen der Pluralisierung seit der Nachkriegszeit steht, wie sie von der Linken der 1968er Generation und der »Pop-Linken« seit den 1980er Jahren eingeleitet und durchgesetzt wurde. Entgegen der kulturellen Öffnungsprozesse forciert die AfD einen Kulturessentialismus, der die Errungenschaften in der Idee einer offenen Gesellschaft herausfordert. Mit Bezugnahme auf Signifikanten wie Volk, Nation und Religion und einer aggressiven Abgrenzung der eigenen Kultur nach außen – spezifisch durch die Abwertung der kosmopolitischen Eliten und Migrant*innen – soll die »künstliche Homogenisierung der »eigenen Kultur«« (Reckwitz 2019, 54) erreicht werden. Das Narrativ führt in Konsequenz zur Ausgrenzung fremder Kulturen, die in der politischen Logik des Rechtspopulismus als das »kulturell Andere« erscheinen und vom Diskurs ausgeschlossen werden; zu Feinden mutiert, erfahren sie eine symbolische Vernichtung, um die eigene Identität zu erhalten (vgl. Laclau & Mouffe 1991).

Die Debatte um die Konzertsage von Feine Sahne Fischfilet am Bauhaus

Insbesondere Bildungs- und Kultureinrichtungen werden seit einigen Jahren zu Zielobjekten der Neuen Rechten. »Wenn der Kulturessentialismus über die

sozialen Trägergruppen der Modernisierungsverlierer hinaus selbst Einfluss ausübt, dann ist es insbesondere über den Weg des Staates, zum Beispiel über die staatliche Kultur-, Bildungs- und Migrationspolitik,« stellt Andreas Reckwitz fest (2019, 47). Ereignisse wie die Bombendrohung am Friedrichstadt-Palast in Berlin im Herbst 2017 nach einer Erklärung des Intendanten, sein Haus wolle sich künftig von AfD-Wähler*innen abgrenzen, oder Störungen von Theatervorstellungen durch Mitglieder der Identitären Bewegung lösen eine öffentliche Diskussion über den Umgang mit der Neuen Rechten an Kulturinstitutionen aus (vgl. Haus der Kulturen der Welt 2019). Auch die Debatte um die Konzertabsage von FSF am Bauhaus entspringt einem Konflikt zwischen linken und rechten Deutungskulturen. Nach der Ankündigung des Auftritts von FSF mobilisierten sich rechte Gruppierungen aus dem regionalen Umfeld in sozialen Netzwerken, worauf hin die Entscheidungsträger*innen am Bauhaus das Konzert unter Berufung auf das Hausrecht untersagten (vgl. Pressemitteilung 2018). Die 2007 in Greifswald gegründete Punkband ist für ihr politisches Engagement in Mecklenburg-Vorpommern gegen den lokalen Rechtsextremismus bekannt und taucht in den Jahren von 2011 bis 2014 viermal im Verfassungsschutzbericht wegen linksextremistischer Äußerungen auf. Debatten um Popkultur und gewaltverherrlichende Songtexte sind an sich kein neues Phänomen. Erst kürzlich entzündete sich eine Kontroverse um das Genre Gangster-Rap und die sexistischen Einlassungen der Rapper Kollegah und Farid Bang oder um die patriotischen Texte der Deutschrockband Frei.Wild (vgl. Balzer 2019; Der Spiegel 2020; Seeliger & Dietrich 2017). In der Debatte um die Band FSF artikuliert sich jedoch eine Besonderheit: Es handelt sich um eine explizit linke Band.

An Popularität im deutschsprachigen Raum gewinnt die Band gerade in den letzten Jahren. Während der Landtagswahlen 2016 organisierte sie die Festivalreihe »Noch nicht komplett im Arsch: Zusammenhalten gegen den Rechtsruck« oder unterstützte die Politikerin Katharina König-Preuss von der Partei Die Linke. Die Abgeordnete des Thüringer Landtags setzte sich im Herbst 2018 gegen Anträge der thüringischen AfD und CDU ein, die das Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit unter dem Vorwurf der »Förderung linksextremistischer Veranstaltungen« anlässlich des Festivals »Aufmucken gegen Rechts« einzuschränken versuchten. Überregionale Bedeutung erhält die Band durch ihren Auftritt beim »Wir sind mehr«-Konzert gegen Rassismus nach den rechtsextremen Ausschreitungen in Chemnitz im Jahr 2018, bei dem neben der ostdeutschen Band Kraftclub und dem Rapper Materia auch die Toten Hosen auftreten. Bundespräsident

Frank-Walter Steinmeier empfahl die Veranstaltung auf Facebook ähnlich wie zuvor der damalige Justizminister Heiko Maas (beide SPD), der im Jahr 2016 nach einem Konzert der Band in Rostock twitterte: »Tolles Zeichen gegen Fremdenhass und Rassismus«. Die *Bild* titelt: »Warum wirbt Steinmeier für linksradikale Rocker?« (2018) und die damalige CDU-Generalsekretärin Annegret Kramp-Karrenbauer kritisiert die Aktion:

»Denn das, was wir wollen, ist, unsere Demokratie und unseren Rechtsstaat gegen rechts zu schützen. Und wenn man das dann mit denen von Links tut, die genau in der gleichen Art und Weise auf Polizeibeamte verbal einprügeln [...], dann halte ich das für mehr als kritisch.« (Dpa, AfP 2018)

Die Debatte um den Auftritt von FSF am Bauhaus steht in der Tradition einer Konfliktlinie, in der die Popkultur zur Projektionsfläche für die Kämpfe um Hegemonie im Spannungsfeld von linken und rechten Interessen in der Politik wird. *Musikexpress*-Redakteur Anton Koch spricht angesichts der Entwicklungen von einer Band, die »längst den Wirkungsgrad eines Mainstream-Acts erlangt hat« (2018). Wenn maßgeblich durch Parteien wie AfD und CDU politische Maßnahmen gegen »Punkrock-Bands« angekündigt und Konzertverbote ausgesprochen wurden und FSF bereits häufiger in der öffentlichen Debatte stand, dann stellt sich zunächst die Frage: Was ist hier anders, unter welchen Bedingungen löst das Ereignis der Konzertabsage eine Debatte im deutschen Feuilleton aus? Wie also ist die historische Situation beschaffen, um einen kulturpublizistischen Dissens zu entzünden?

Wie Jens Uthoff (2018) schreibt, kam es zwar »in der Vergangenheit schon vor, dass etwa Kommunalpolitiker ein FSF-Konzert bei einem Stadtfest in Riesa 2013 verhindert haben«, nun aber werde »die Band im Namen einer renommierten Kulturstiftung – dessen Stiftungsratsvorsitzender Sachsen-Anhalts Kulturminister Rainer Robra (CDU) ist – eingeladen«. Sowohl bei dem Auftrittsort als auch bei dem Entscheidungsträger handelt es sich also um eine hochkulturelle Institution, weshalb das Ereignis als »besorgnis-erregend« (ebd.) eingeordnet wird. Die Entscheidung der Konzertabsage bezieht sich auf ein allgemeines, über den popkulturellen Partikulardiskurs hinausweisendes Ereignis und gewinnt dadurch an sozialer Relevanz. Staatlich finanzierte Einrichtungen der Hochkultur wie das Bauhaus Dessau bzw. die Kulturstiftung Bauhaus Dessau richten sich idealtypisch an ein breites Publikum in Tradition der bürgerlichen Kultur und ihrem Bildungsideal (vgl. Gebesmair 2018). Wenn das Konzert im Rahmen der ZDF-Konzertreihe »zdf@bauhaus« zur Zeit des Jubiläums »100 Jahre Bauhaus« stattfinden

soll, dann ist zudem davon auszugehen, dass der Konflikt um die Band FSF verstärkt im Fokus der medialen Aufmerksamkeit steht.

Als Institution der Hochkultur und gemeinnützige Stiftung des öffentlichen Rechts ist die Kulturstiftung Bauhaus Dessau vielfältig mit der politischen Sphäre verflochten: Einerseits wird sie durch das Land Sachsen-Anhalt, den Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM) sowie die Stadt Dessau-Roßlau gefördert, zum Zweiten gehört die Staatskanzlei des Landes Sachsen-Anhalt zur Aufsichtsbehörde der Stiftung (Bauhaus Stiftung 2018). Als zentral für die Herausbildung des Konflikts kann in diesem Zusammenhang die mediale Präsenz der AfD im Thüringer Landtag sowie ihr Wirken in der lokalen Öffentlichkeit im Vorfeld der Debatte bestimmt werden. Bereits vor der Veröffentlichung der Stellungnahme der Bauhaus-Stiftung bezieht der Lokalpolitiker Andreas Mrosek (2018) von der AfD Position:

»Es ist ein Skandal, dass ein von Zwangsabgaben finanzierter und zur Ausgewogenheit verpflichteter öffentlich-rechtlicher Sender einer links-extremistischen Band ein solches Forum bietet. Dadurch wird wieder einmal deutlich, dass die bundesdeutschen Medienschaffenden zumeist selbst knietief im roten Sumpf stehen, wenn sie mit solchen Texten und dahinterstehenden Ideologien ganz offen sympathisieren.«

Weiterhin setzt er den CDU-Politiker Rainer Robra unter Druck, der zugleich Kulturminister des Landes Sachsen-Anhalt und Stiftungsratsvorsitzender im Stiftungsrat des Bauhauses ist:

»Ich verlange von Robra eine öffentliche Stellungnahme dazu, dass das ZDF einer solchen Band und solchen Texten eine Bühne bietet. Andernfalls ist offenbar davon auszugehen, dass der Staatsminister mit der ideologischen Ausrichtung der Band offenbar ebenso wenig ein Problem hat, wie mit den verhetzenden und menschenverachtenden Texten dieser Linksextremisten.« (Ebd.)

Als die Entscheidung der Absage des Konzertes von FSF durch die Bauhaus Stiftung öffentlich über DPA-Meldungen gestreut wird, bilden sich zahlreiche Reaktionen vor allem im linksliberalen und popkulturaffinen Spektrum des Feuilletons aus. Welche Positionen und welche Antagonismen stehen sich im Konflikt gegenüber? Wie wird der Konflikt repräsentiert und medial inszeniert? Die Artikulation der Verknüpfung von CDU und AfD im gemeinsamen Kampf gegen links kann als zentrale Strategie der Politisierung des Diskurses identifiziert werden, weshalb sie im Folgenden genauer in den Blick

genommen wird. Balzer (2018) spricht im Kulturteil von *Zeit-Online* beispielsweise von einer »Geistesverwandtschaft von CDU und AfD«; in der *TAZ* erkennt wiederum Uthoff (2018) »ein überaus schlechtes Zeichen, wenn der rechte Flügel der CDU aktuell den Argumentationslinien der Rechtspopulisten folgt und deren Schema Linksextremismus gleich Rechtsextremismus übernimmt«. Exemplarisch an dem Artikel »Die Perversion von Politik und Kunst« von Balzer kann die politische Strategie verdeutlicht werden. Der Kritiker schreibt:

»Falls jemand beispielsweise noch geglaubt haben sollte, dass es im Deutschland des Jahres 2018 eine unüberbrückbare Kluft zwischen dem bürgerlichen Konservatismus und der Neuen Rechten gibt, dann zeigt die Gruppe FSF das Gegenteil auf: So wie sie beide in der Aggression gegen sich eint, demonstriert sie die Geistesverwandtschaft von CDU und AfD. Jetzt wieder in Sachsen-Anhalt, wo offenbar auf politischen Druck ein Konzert von FSF im Bauhaus in Dessau verboten wurde.« (Balzer 2018)

Balzer konstruiert über das Narrativ der »Geistesverwandtschaft von CDU und AfD« eine Kollektivierung von konservativen und rechten Diskursen in Abgrenzung zu einem gemeinsamen Gegner: die Linke, die hier exemplarisch durch die Band FSF verkörpert wird. Auf diese Weise polarisiert er den Diskurs und installiert einen potentiellen Antagonismus, der sich über zwei Fronten bestimmt: Das Lager der Linken und das der Rechten.

Nicht allein die Absage des Konzertes einer Punkband an einer hochkulturellen Einrichtung noch die Verbindung der Stiftung zur Politik (»politischer Druck«) entzünden jedoch den Dissens. Es ist vielmehr die Art und Weise, wie die Bauhaus-Stiftung ihre Entscheidung begründet und wie die Stellungnahme medial aufbereitet wird. Die Stiftung führt ihre Entscheidung zwar zunächst auf die Bedrohung durch rechte Gruppierungen in den Sozialen Medien zurück. Insbesondere der nächste Absatz sorgt jedoch für Irritationen im öffentlichen Diskurs:

»Das Bauhaus Dessau ist historisch und zeitgenössisch ein Ort für alle Menschen unabhängig von Herkunft, Geschlecht und Nationalität. Politische extreme Positionen, ob von rechts, links oder andere finden am Bauhaus Dessau keine Plattform, da diese die demokratische Gesellschaft – auf der auch das historische Bauhaus beruht – spalten und damit gefährden.« (Pressemitteilung 2018)

Im letzten Absatz heißt es: »Um nicht erneut zum Austragungsort politischer Agitation und Aggression zu werden, auch vor dem Hintergrund des Status als UNESCO-Welterbe, hat die Stiftung Bauhaus Dessau auf Berufung auf ihr Hausrecht das ZDF aufgefordert, das Konzert abzusagen« (ebd.). Die Rhetorik der Stiftung birgt einen politischen Moment, der den Konflikt schürt: Wenn Aussagen wie »politische extreme Positionen, ob von rechts, links oder andere finden am Bauhaus Dessau keine Plattform« von Presseagenturen mit der Aussage »Die Stiftung begründete die Absage mit der politischen Ausrichtung der Band« kombiniert werden, dann verschärft sich der Eindruck, das Bauhaus habe sich bei seiner Entscheidung politisch beeinflussen lassen. Während Politiker*innen der AfD und Teile der CDU die Band in ihren öffentlichen Stellungnahmen bereits als »linksextremistisch« bezeichnen, wird dies von liberalen Akteur*innen nicht erwartet. Die Meldung unterbricht gängige Wahrnehmungsstrukturen im kulturellen Feld, das die Entscheidung als Angriff auf die eigene Kultur bewertet.

Auch Balzer (2018) verschärft den Konflikt zwischen Linken und Rechten, wenn er die Entscheidung der Stiftung mit dem behaupteten Linksextremismus der Band in Verbindung bringt. Zum einen verweist er auf die Ambivalenz der Künste und kommt auch nach eingehender Prüfung – u.a. unter Einbezug der Definition von Linksextremismus durch das Amt für Verfassungsschutz – zum Ergebnis: »Dieses Vorhaben kann man aus dem musikalischen Werk der Band nicht herauslesen«. Zum anderen vermittelt der Beitrag das Bild einer Allianz und kündigt eine Verschiebung im künstlerischen Feld nach rechts an: Neben CDU und AfD – dem konservativen Bürgertum und der Neuen Rechten – tritt auch die Bauhaus-Stiftung als Gegner der Linken respektive linksextremistischer Gruppierungen auf, wie es bereits der Titel suggeriert: »CDU, AfD und Bauhaus wollen nicht, dass FSF in Dessau auftritt« (ebd.).

In eine ähnliche Richtung weist auch Uthoff (2018), wenn er die Aussage der Bauhaus Stiftung, »politische[n] extreme[n] Positionen, ob rechts, links« wolle man »keine Plattform« geben, in Relation mit dem Tweet des Europaabgeordneten Sven Schulze von der CDU setzt, der »die Absage mit Verweis auf ebendiese Textstelle gutheißt«. FSF werde »von Konservativen und Rechten oft als gewaltverherrlichend und linksextrem eingestuft« und seien damit »längst ein Symbol dafür geworden, wie Links- und Rechtsextremismus hierzulande verhandelt wird«. Wie Balzer deutet auch Uthoff die Popkultur als Seismograph, »wenn der Umgang mit der Band die politische Spaltung insbesondere in Ostdeutschland wieder(spiegelt).«

Damit erhält ein weiteres Narrativ Eingang in die Debatte: die »Hufeisentheorie« des Chemnitzer Politikwissenschaftlers Eckhard Jesse (vgl. Backes & Jesse 1996), die insbesondere seit den Ereignissen in Chemnitz an Resonanz im öffentlichen Diskurs gewonnen hat. Ähnlich wie Uthoff verweist der Literaturkritiker Dirk Knipphals (2018) in der *TAZ* auf das »Stichwort: Hufeisentheorie« und spricht angesichts der Ereignisse am Bauhaus von einem »kulturpolitischen Desaster«, wenn »rechts und links als Extreme« gleichgesetzt werden. Koch macht im *Musikexpress* schließlich darauf aufmerksam, dass die Band »immer wieder – vor allem in konservativen Medien – reflexhaft als ›linksradikal‹ oder ›linksextrem‹ abgestempelt« wird und begreift den Vorgang »eher als Taktik denn treffend« (2018). Ist im konservativen Politikressort der *FAZ* beispielsweise von »linksextremen Bands« »jenseits des guten Geschmacks« (van Lijnden 2018) die Rede, kann die Gleichsetzung mit Bezugnahme auf den Verfassungsschutz als politische Strategie gedeutet werden, wie sie etwa vom CDU-Politiker Detlef Gürth in der Debatte eingesetzt wird: »Gerade weil wir einer Verrohung der Gesellschaft glaubhaft entgegentreten wollen, müssen wir bei linksextremen Äußerungen genauso wachsam sein, wie bei rechtsextremen« (Landtag von Sachsen-Anhalt 2018). Vor diesem Hintergrund kommt Lars Weisbrod (2018) im Kulturteil der *Zeit* zum Ergebnis: »Verfassungsschutzberichtshaftigkeit prägt die Diskurslage.«

Aus einer vermeintlich harmlosen Entscheidung einer Institution ist ein Politikum geworden, aus einem losen Ereignis eine politische Debatte. Dabei sind es nicht nur Journalist*innen, sondern auch Akteur*innen aus dem politischen und kulturellen Feld, die ihre Stimme gegen die Entscheidung erheben. In einem Offenen Brief von Künstler*innen auf der Online-Plattform *change.org* heißt es beispielsweise: »Besorgniserregend ist, wie die Politik durch offenkundige Weisungen in eine kulturelle Einrichtung hineinregiert« (vgl. Bartsch 2018). Auch die Politik bezieht öffentlich Stellung, wenn etwa die Kulturstatsministerin Monika Grütters von der CDU anmahnt, es dürfe »niemals der Eindruck entstehen, dass der Druck der rechtsextremistischen Szene ausreicht, ein Konzert zu verhindern« (Dpa 2018a). Der Berliner Kultursenator Klaus Lederer (2018) von der Linken und zugleich Vorsitzender des Bauhaus Verbundes lädt die Band nach Berlin ein und kritisiert: »Wenn man das aufgibt, was das Bauhaus ausmacht, damit die Tapete heile bleibt, dann hat man die Idee verraten.« Jürgen Trittin (2018) von den Grünen twittert: »Wer Feine Sahne Fischfilet aus Dessau verbannt, tritt die Geschichte des Bauhauses mit Füßen.« Die Band selbst postet auf Facebook: »Dass das Bauhaus einknickte vor dieser rechten Allianz, setzt

neue Maßstäbe in Sachen Erbärmlichkeit. [...] Die CDU in Sachsen-Anhalt betreibt in diesem Punkt nichts anderes als einen Schulterschluss mit AfD und Nazi-Kameradschaften.«

Im öffentlichen Diskurs bildet sich eine Allianz im linksliberalen Spektrum gegen die Bauhaus-Stiftung aus, um die Entscheidung der Konzertabsage öffentlich wirksam zur Verhandlung zu bringen. Unter dem Druck der Öffentlichkeit betritt schließlich Claudia Perres die Bühne. In einem Interview mit *Zeit-Online* (Weiser & Schneider 2018) benennt die Bauhausdirektorin zunächst zwei Gründe für ihre Entscheidung: Erstens wollen »wir den Rechtsradikalen vor dem Bauhaus keine Plattform bieten«, zweitens sei das »Bauhaus-Gebäude eine Unesco-Weltkulturerbestätte, die eines ganz besonderen Schutzes bedarf«. Wenn Perres den Rechtsextremismus als ausschlaggebend für die Absage anführt und bekräftigt: »Es ist nicht um die Band gegangen, ich wollte nur den Rechten [...] kein Forum bieten«, dann trägt sie zur Entschärfung des Konflikts bei. Entgegen der medialen Deutung habe sie ferner »nicht gesagt«, dass es sich bei FSF um eine »politisch extreme« oder »linksextreme« Band handele. Zudem geht sie auf die Kritik der politischen Einflussnahme ein und korrigiert in Teilen das mediale Bild: Die Entscheidung sei in Abstimmung mit dem Land und der Stadt getroffen – u.a. mit dem Stiftungsratsvorsitzenden Rainer Robra. Eine Instrumentalisierung durch die AfD habe jedoch nicht stattgefunden (»Der Abgeordnete hat hier etwas behauptet, was einfach nicht der Wahrheit entspricht«); die Konzertabsage sei bereits vor Kenntnisnahme durch die AfD getroffen worden (»Meine Entscheidung hatte nichts mit der AfD zu tun«).

Die »konfuse« Kommunikation der Stiftung (Machowecz 2018) und mehrdeutige Aussagen wie »es ist wichtig, dass wir ein internationaler, offener und transparenter Ort gesellschaftlicher Debatten sind« (Dpa 2018b) werfen neue Fragen auf: Wie aber sieht diese Debatte aus? Wer darf hier sprechen und wer nicht? Der Kunstkritiker Niklas Maak (2018) etwa stellt »Musealisierung und Politisierung« kritisch gegenüber und fragt in der *FAZ*: »Ist das historische Bauhaus vor allem ein Exponat? [...] Oder soll es immer noch ein Ort für Debatten, Konflikte, Leben und die damit eventuell einhergehenden Verwüstungen sein?« Er kommt zum Ergebnis: »Im Bauhaus 2018 wird nur das gesagt, worauf sich alle einigen können.«

Schlussfolgerungen und Ausblick

Das Ereignis der Konzertsabsage von FSF am Bauhaus in Dessau eröffnet einen politischen Sprechraum, in dem eine Vielzahl an Stimmen unterschiedlicher Kulturen und Felder Eingang erhalten, um die Entscheidung der Bauhaus-Stiftung zur Verhandlung zu bringen: Subkultur und Punk, Hochkultur und Kunst, Linke und Rechte, Politiker*innen, Journalist*innen und Künstler*innen. Normativ aufgeladene Begriffe wie »Linksextremismus«, »AfD«, »Neue Rechte«, »Punk«, »Hochkultur« und »Kunstfreiheit« sind mehrdeutig und produzieren in ihrer Widersprüchlichkeit eine Vielzahl an Interpretationen, um die gestritten werden kann (vgl. Laclau & Mouffe 1991, 165). Insbesondere das »Links-Rechts-Narrativ« triggert und bildet einen affektiv strukturierten »Knotenpunkt« in der Debatte (vgl. ebd., 164), um den herum sich Stimmen aus unterschiedlichen Identitätsdiskursen in Bezug setzen und versammeln, um sich gegen die Entscheidung in Stellung zu bringen. Die Ausbildung der Äquivalenzkette, das heißt die Artikulation von Interessen über gemeinsame Elemente in Negation zu einem Außen (ebd., 183) – die Verknüpfung von CDU, AfD und Bauhaus im Kampf gegen linksextremistische Gruppierungen – fixiert sich durch Wiederholung im öffentlichen Diskurs und gewinnt an Deutungshoheit, fordert letztlich die Entscheidungsträgerin der Bauhaus-Stiftung zu einer öffentlichen Stellungnahme heraus.

Die Mobilisierung der Stimmen zu einer öffentlichen Versammlung entspringt einem genuin politischen Interesse: Sie dient der Stabilisierung eines gefährdeten Deutungskurses und der Verteidigung der Freiheit von Kunst und Kultur. Rechtspopulismus und Nationalismus lassen nicht nur die liberale Ordnung brüchig werden, auch im kulturellen Feld aktualisieren sich Antagonismen aus dem rechten Spektrum. Im Versuch, »das Feld der Diskursivität zu beherrschen, das Fließen der Differenz aufzuhalten, ein Zentrum zu konstruieren« (ebd., 150), fixiert die linksliberal gestimmte Kulturpublizistik den Diskurs, um die Kontingenz zu schließen. Die Popkultur respektive Kunst wie auch das Feuilleton als kritische Instanz erweisen sich als Seismographen (Todorow 2008) und »gesellschaftliche Taktgeber für Moral« (Ziemann 2011, 239), die vor Abweichungen des Bestehenden warnen und kulturellen Transformationen – in Richtung rechts – vorzubeugen suchen.

Zugleich trägt die Popularisierung von rechtspopulistischen Diskursen im Feuilleton zu einer Verstärkung der von ihm bekämpften Diskurse bei. Hegemonietheoretisch betrachtet sind nationale Semantiken dann erfolgreich,

wenn sie sich mit dem konservativen Diskurs der sogenannten bürgerlichen Mitte verknüpfen. Für die Bauhaus-Debatte ließe sich paradoxerweise von einem Erfolg der Neuen Rechten sprechen. Fließen rechtspopulistische Narrative medial vermittelt in den öffentlichen Diskurs, sind Diskursverschiebungen nach rechts zu beobachten, wenn sich etwa die Vorstellung der Gleichsetzung von Linksextremismus und Rechtsextremismus im allgemeinen Wahrnehmungshorizont verstärkt oder rechtspopulistische Semantiken und Strategien in den allgemeinen Sprachgebrauch einwandern, um sich zu normalisieren. Im Herbst 2019, also ein Jahr später, empörten sich beispielsweise lokale CDU-Politiker*innen und eine Bürgerinitiative im Vorfeld eines Konzertes der Band FSF. Sie riefen in Flugblättern zur Verteidigung der »demokratischen Struktur unseres Vaterlandes« auf und organisierten mit Verweis auf den Verfassungsschutzbericht »Mahnwachen gegen Linksanarchisten« (Lepert 2019). Populistische Ausrichtungen sind nicht exklusiv bei sozial »Abgehängten« und »Bildungsfernen« zu verorten, sie finden sich ebenso bei Akademiker*innen, Beamte*innen und Parteipolitiker*innen (Feine Sahne Fischfilet 2019).

Schlussendlich verweist die Debatte auf die Offenheit und Unabgeschlossenheit moderner Gesellschaften. Kulturelle Errungenschaften wie die Pluralisierung sind nicht naturgegeben oder Effekte einer vorausliegenden Einheit, sondern Ergebnis von politischen Auseinandersetzungen und Ausdruck von Macht- und Herrschaftsverhältnissen (vgl. Laclau & Mouffe 1991, 144-45), die immer wieder neu erkämpft werden müssen. Im Unterschied zum Verständnis von Popkultur als »Kultur des Konflikts« (Fiske 2003, 16) artikuliert sich in der Debatte um FSF noch ein tieferes Verständnis des Politischen. In Konfrontation zweier gegensätzlicher Auffassungen dessen, was Kultur ist, offenbaren sich Kämpfe, die Reckwitz (2019, 29-63) als »Widerstreit zweier Kulturalisierungsregimes« bezeichnet: der Kampf zwischen einem kulturellen Essentialismus und einem liberalen Pluralismus, in denen sich Kulturen im Spannungsverhältnis von modernistischen und postmodernistischen Identitäten unversöhnlich gegenüberstehen. (Pop)Kultur erscheint dann nicht mehr allein als Sinnsystem von Werten und Normen, in ihr artikulieren sich vielmehr Kämpfe um die Ordnung der Kultur selbst.

Literatur

- Backes, Uwe & Eckhard Jesse. 1996. *Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Balzer, Jens. 2018. »Die Perversion von Politik und Kunst.« *Zeit-Online*, 19.10.2018. <https://www.zeit.de/kultur/musik/2018-10/feine-sahne-fischfilet-bauhaus-konzert-abgesagt>, zuletzt abgerufen am 31.08.2021.
- Balzer, Jens. 2019. *Pop und Populismus*. Hamburg: Körber Stiftung.
- Bartsch, Michael. 2018. »Verrat an der eigenen Sache.« *Die Tageszeitung*, 19.10.2018. <https://taz.de/Bauhaus-sagt-Feine-Sahne-Fischfilet-ab/!5539599&s=/>, zuletzt abgerufen am 31.08.2021.
- Bauhaus Stiftung. 2018. *Förderer und Partner*. Stand April 2018. <https://www.bauhaus-dessau.de/de/stiftung/partner-foerderer/die-stiftung-bauhaus-dessau-bedankt-sich.html>, zuletzt abgerufen am 31.08.2021.
- Der Spiegel. 2020. »Die Faszination des Gangsta-Rap. Wie böse Jungs und Clan-Romantik die Kinderzimmer erobern.« *Der Spiegel*, Nr. 5, 2020. <https://www.spiegel.de/spiegel/print/index-2020-5.html>, zuletzt abgerufen am 31.08.2021.
- Die Bild. 2018. »Warum wirbt Steinmeier für linksradikale Rocker?« *Bild-Zeitung*, 02.09.2018. <https://www.bild.de/politik/inland/politik-inland/konzert-in-chemnitz-warum-wirbt-steinmeier-fuer-linksradikale-rocker-57023684.bild.html>, zuletzt abgerufen am 31.08.2021.
- Dpa/AFP. 2018. »CDU-Spitze kritisiert Bundespräsidenten für Konzert-Unterstützung.« *Zeit-Online*, 03.09.2018. <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2018-09/annegret-kramp-karrenebauer-frank-walter-steinmeier-chemnitz-wirsindmehr-kritik>, zuletzt abgerufen am 31.08.2021.
- Dpa. 2018a. »Kritik an Konzert-Absage im Bauhaus reißt nicht ab.« *Zeit-Online*, 20.10.2018. <https://www.zeit.de/news/2018-10/20/kritik-an-konzert-absage-im-bauhaus-reisst-nicht-ab-181020-99-453560>, zuletzt abgerufen am 31.08.2021.
- Dpa. 2018b. »Bauhaus-Stiftung verteidigt Konzertsabsage.« *Zeit-Online*, 22.10.2018. <https://www.zeit.de/kultur/musik/2018-10/bauhaus-dessau-konzert-feine-sahne-fischfilet-stellungnahme>, zuletzt abgerufen am 31.08.2021.
- Feine Sahne Fischfilet. 2019. »Unsere rasenden Reporter decken auf....« *Facebook*. 30.10.2019. <https://www.facebook.com/feinesahnefischfilet/videos/2672691376155218/%3Ft=0>, zuletzt abgerufen am 31.08.2021.

- Feine Sahne Fischfilet. 2018. »Es ist doch wohl klar, dass wir am 6.11. in Dessau spielen werden!« *Facebook*. 19.10.2018. <https://de-de.facebook.com/feinesahnefischfilet/posts/es-ist-doch-wohl-klar-dass-wir-am-6-11-in-dessau-spielen-werden-am-6-november-woll/2321724654508948/>.
- Fiske, John. 2003. *Lesarten des Populären. Cultural Studies Band 1*. Wien: Löcker.
- Gebesmair, Andreas. 2015. »Die Erfindung der Hochkultur.« *Zeitschrift für Kulturmanagement* (2): 77-95.
- Haus der Kulturen der Welt. 2019. »Diskussion: Politische Rolle kultureller Institutionen.« 19.01.2019. <https://www.hkw.de/de/app/mediathek/audio/69683>, zuletzt abgerufen am 31.08.2021.
- Jacke, Christoph. 2018. »Pop.« In *Der Kreativitäts-Komplex. Ein Vademecum der Gegenwartsgesellschaft*, herausgegeben von Timo Beyes & Jörg Metelmann, 218-224. Bielefeld: transcript.
- Jung, Simone. 2020. »Kritische Öffentlichkeiten? Formen der Skandalisierung in der Kulturpublizistik am Beispiel der Band Feine Sahne Fischfilet.« *Berliner Debatte Initial* (2): 96-108.
- Jung, Simone. 2021. *Debattenkulturen im Wandel. Zum Politischen im Feuilleton der Gegenwart*. Bielefeld: Transcript.
- Koch, Anton. 2018. »Bauhaus-Debatte: Warum die harsche Kritik an Feine Sahne Fischfilet großartig ist.« *Musikexpress*, 22.10.2018. <https://www.musikexpress.de/feine-sahne-fischfilet-kritik-links-rechts-1122870/5/>, zuletzt abgerufen am 31.08.2021.
- Laclau, Ernesto & Chantal Mouffe. 1991. *Hegemonie und radikale Demokratie. Zur Dekonstruktion des Marxismus*. Wien: Passagen.
- Landtag von Sachsen-Anhalt. 2018. »Stenographischer Bericht, 57. Sitzung.« 24.10.2018. <https://www.landtag.sachsen-anhalt.de/fileadmin/files/plenum/wp7/057stzg.pdf>, zuletzt abgerufen am 31.08.2021.
- Leppert, Georg. 2019. »Linke entsetzt über Mahnwache gegen Feine Sahne Fischfilet in Wetzlar.« *Frankfurter Rundschau*, 5.12.2019. <https://www.fr.de/hessen/feine-sahne-fischfilet-wetzlar-linke-entsetzt-ueber-mahnwache-zr-13268114.html>, zuletzt abgerufen am 31.08.2021.
- Lijnden, Constantin van. 2018. »Die Texte der linksextremen Bands von Chemnitz sind skandalös und schockieren.« *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 10.09.2018. <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/die-texte-der-linksextremen-bands-von-chemnitz-schockieren-15779272.html>, zuletzt abgerufen am 31.08.2021.
- Maak, Niklas. 2018. »Kulturpolitik in Deutschland – sollen wir alle so sein, wie das Bauhaus mal war?« *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 29.10.2018. ht

- tps://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/was-die-bauhausdebatte-ueber-die-deutsche-kulturpolitik-sagt-15860070.html, zuletzt abgerufen am 31.08.2021.
- Machowecz, Martin. 2018. »Der Kampf mit Tabus.« *Die Zeit im Osten*, Nr. 44, 2018.
- Mrosek, Andreas. 2018. »Auftritt linksextremer Hetzband in ZDF-Konzertreihe ist ein Skandal.« Pressemitteilung, 17.10.2018. <https://www.afdbundestag.de/mrosek-auftritt-linksextremer-hetzband-in-zdf-konzertreihe-ist-ein-skandal/>, zuletzt abgerufen am 31.08.2021.
- Mrozek, Bodo. 2019. *Jugend, Pop, Kultur. Eine transnationale Perspektive*. Berlin: Suhrkamp.
- Reckwitz, Andreas. 2019. *Das Ende der Illusion. Politik, Kultur und Ökonomie in der Spätmoderne*. Berlin: Suhrkamp.
- Schneider, Johannes & Rabea Weiser im Gespräch mit Claudia Perren. 2018. »Das hat mit Feine Sahne Fischfilet gar nichts zu tun.« *Zeit-Online*, 24.10.2018. <https://www.zeit.de/kultur/kunst/2018-10/claudia-perren-bauhaus-direktorin-dessau-feine-sahne-fischfilet>, zuletzt abgerufen am 31.08.2021.
- Seeliger, Martin & Marc Dietrich. Hgg. 2017. *Deutscher Gangsta-Rap II: Popkultur als Kampf um Anerkennung und Integration*. Bielefeld: transcript.
- Speit, Andreas. 2018. »Feine Sahne Fischfilet nicht erwünscht.« *Die Tageszeitung*, 19.10.2018. <https://taz.de/Stiftung-Bauhaus-sagt-ZDF-Konzert-ab/!5544290/>, zuletzt abgerufen am 31.08.2021.
- Todorow, Almut. 2008. »Feuilletondiskurs und seismographische Funktion von Kulturkommunikation.« In *Seismographische Funktion von Öffentlichkeit im Wandel*, herausgegeben von Heinz Bonfadelli, Kurt Imhof & Roger Blum, 281-99. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Trittin, Jürgen (@JTrittin). 2018. »Wer @Feine Sahne Fischfilet aus #Dessau verbannt, tritt die Geschichte des Bauhauses mit Füßen«. *Twitter*, 18.10.2018. <https://twitter.com/jtrittin/status/1052851266777427968>, zuletzt abgerufen am 31.08.2021.
- Uthoff, Jens. 2018. »Unfeine Ausladung« *Die Tageszeitung*, 19.10.2018. <https://taz.de/Bauhaus-sagt-Feine-Sahne-Fischfilet-ab/!5539600>, zuletzt abgerufen am 31.08.2021.
- Weisbrod, Lars. 2018. »Mehr Präsentkörbe, bitte! Was ist dran am Skandal um die Punk-Band Feine Sahne Fischfilet?« *Die Zeit*, Nr. 44, 2018.
- Ziemann, Andreas. 2011. *Medienkultur und Gesellschaftsstruktur. Soziologische Analysen*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.